

Avanti

2

Theoriebeilage
Hintergründe des
Faschismus
von
Ernest Mandel

ISO Rhein-Neckar

NEIN ZU KRIEG, PROFITGIER & FASCHISMUS



INHALT

TITEL

01 ANTIKAPITALISMUS
Protest und Widerstand

EDITORIAL / INHALT / OSTERMARSCH

02 OSTERMARSCH 2024
Für „Friedenstüchtigkeit“?

SEITE DREI

03 8. MÄRZ
Frauen gegen Faschismus

GEMEINSAM GEGEN FASCHISMUS

04 ANTIFASCHISMUS
Wie weiter?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFTEN

05 BAHNINDUSTRIE
Abbau statt „Verkehrswende“

09 GDL GEGEN STUTTGART 21
Oben bleiben?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

das Krisenknäuel des auf Ausbeutung und Profitmaximierung beruhenden Kapitalismus zieht sich immer enger zu. Die Antwort der Herrschenden ist die Verschärfung ihres neoliberalen Kurses.

Zum Glück gibt es Protest und Widerstand gegen Arbeitsdruck, Aufrüstung, Faschismus, Frauenunterdrückung, Klimazerstörung, Kriege, Militarismus und Stellenabbau.

Diese und andere Themen findet Ihr in der März-Ausgabe von *Avanti*².

In der Theoriebeilage veröffentlichen wir erneut Ernest Mandels sehr wichtigen analytischen Text zu Faschismus und Rassismus.

Wir sehen uns – am 8. März, bei den Protesten gegen Faschismus und Rassismus, beim Ostermarsch ...

Eure Redaktion

Titelbild:

Grafik D. R.. Foto: Avanti².

INHALT

KURDISTAN/ASSANGE/NAHOST

10 KURDISTAN
Demo in Mannheim

10 ASSANGE
Kein Opfer von Willkür?

10 PALÄSTINA
Waffenstillstand jetzt

ISO / POLITISCHE BILDUNG

11 FASCHISMUS
Was tun?

RÜCKBLLENDE / TERMINE

12 STOLPERSTEINE
Erinnern an Familie Gumbel

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 ERNEST MANDEL
Hintergründe des Faschismus

Ostermarsch 2024

„Abrüstung statt Aufrüstung – Friedensfähig statt kriegstüchtig!“

H. S.

Das ist das Motto des Ostermarschs in Mannheim. Er startet am Karsamstag, 30.03.2024, um 13:00 Uhr am Alten Meßplatz und endet gegen 15:30 Uhr an den Kapuzinerplanken.

Das aus 13 Organisationen gebildete Ostermarsch-Bündnis fordert die sofortige Beendigung aller Kriege. Es wendet sich gegen die von „Verteidigungsminister“ Pistorius angestrebte „Kriegstüchtigkeit“.

Der Aufruf zum Ostermarsch befürwortet den Ausbau der Friedensfähigkeit durch eine Politik der Deeskalation und durch die Förderung sozialer Verteidigung. Die enorm hohen Kosten der Militarisierung gehen zu Lasten der großen Mehrheit der Gesellschaft.

Dieses Geld, so der Aufruf, muss zur Bekämpfung von Armut, für den sozialen Wohnungsbau und für den Ausbau des Bildungs- und Gesundheitssystems zur Verfügung gestellt werden. Militarisierung und Kriegstreiberei fördern das Erstarken von Nationalismus, Rassismus und Faschismus. Kriege und Aufrüstung sind Ursachen für Flucht und Vertreibung.

Eine weltweite Friedenspolitik kann dem Aufruf zufolge nur durch eine aktive und global vernetzte Sozial- und Antikriegsbewegung unter Beteiligung der Gewerkschaften durchgesetzt werden.



■ Ostermarsch in Mannheim, 8. April 2023.

Foto: Avanti².

Frauen gemeinsam gegen die faschistische Gefahr!

AG FRAUEN DER ISO

Die Bedrohung durch faschistische Gruppierungen und Parteien wird immer deutlicher und beklemmender. Mit den Korrektiv-Enthüllungen zum faschistischen Geheimgeschehen in Potsdam am 25. November 2023 wurde der Ernst der Lage vielen Menschen bewusst. Seit Mitte Januar gehen in Deutschland Millionen Menschen auf die Straße.

Frauen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft spielen eine aktive Rolle in den Protesten. Und das mit gutem Grund: Die Ausbreitung konservativer Ideologien und das Erstarken der rechten bis faschistischen Bewegung stellen gerade für Frauen und LGBTQ eine ernstzunehmende, ja existenzielle Gefahr dar.

Unterdrückung auf vielen Ebenen

Frauenunterdrückung wirkt auf vielen Ebenen: sie beginnt im alltäglichen Umgang, in dem Frauen weniger ernst genommen werden als Männer. Sie drängt Frauen in passive, unterworfen Rollen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie schreibt uns vor, wie wir mit unserem Körper umzugehen haben; ob, wie und wie viele Kinder wir auf und durch die Welt bringen sollen. Mit dem Erstarken konservativer und rechter bis faschistischer Ideologien nehmen weltweit sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen und Morde an Frauen zu – weil sie Frauen sind, weil sie sich dem Willen der Männer in ihrem Umfeld nicht beugen, weil Männer meinen, über Frauen verfügen zu können.

Abhängigkeit und Gewalt

Die Frauenfeindlichkeit der Rechten trifft Frauen in unterschiedlichen Lebens- und Klassenlagen. Unberührt lässt sie keine Frau. Durch rückschrittliche Rollenverteilungen und höchst ungleiche Entlohnung „typisch männlicher“ und „typisch weiblicher“ Tätigkeiten leben viele Frauen in Abhängigkeitsverhältnissen: nicht nur von Ehemännern, Vätern, Brüdern sondern auch von staatlichen Hilfen – Hilfen, die

AfD und Konsorten noch weiter zurückfahren oder ganz einstellen wollen. Das gefährdet die psychische und physische Gesundheit und macht uns abhängig von dem Wohlwollen Anderer. Wer auf die Hilfe anderer angewiesen ist, kann sich nur schwer gegen sexuelle und andere Übergriffe wehren.

Kapitalismus und Faschismus

Frauen werden seit Jahrtausenden in patriarchalen Strukturen unterdrückt. Die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer kapitalistischen Produktionsweise hat dieser Unterdrückung, Benachteiligung und Ausbeutung ihre eigene Marke verpasst. Sie bietet den Faschisten den Nährboden, auf dem deren Frauenverachtung so gefährlich gedeihen kann.

Angesichts des Aufstiegs der AfD vergleichen die sogenannten Liberalen an der Macht Tränen über die Gefährdung ihrer Demokratie. Aber erst, nachdem sie selbst massenhafte Abschiebungen möglich gemacht haben und die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern durch Haushaltskürzungen verschärfen. Es ist sehr bequem, wenn die Reproduktionskosten auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werden, während die ohnehin schon Reichen noch reicher werden. Ihre Tränen sind Krokodilstränen.

Unsere Forderungen

Dem entgegen setzen wir unsere Forderungen nach einer Gesellschaft, in der es keine sozialen Unterschiede zwischen den Geschlechtern, Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Aussehens, mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen gibt; die Vision einer Gesellschaft ohne Klassen.

Auf dem Weg zur Emanzipation der Frauen halten wir folgende Maßnahmen für notwendig:

- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Gleiche soziale und politische Rechte
- Umverteilung bzw. Vergesellschaftung der

Reproduktions- und Sorgearbeit

- Keine Akzeptanz für Vergewaltigungs-Unkultur
- Flächendeckende Finanzierung von Frauenhäusern, Beratungsstellen und Einrichtungen zur Gewaltprävention
- Gegen ein Europa der Abschottung
- Gegen eine Politik der Kürzung im sozialen und gesundheitlichen Bereich zugunsten einer militärischen Aufrüstung
- Solidarität mit emanzipatorischen Frauenbewegungen weltweit!

Unser Feminismus ist antifaschistisch, antikapitalistisch, internationalistisch und solidarisch!

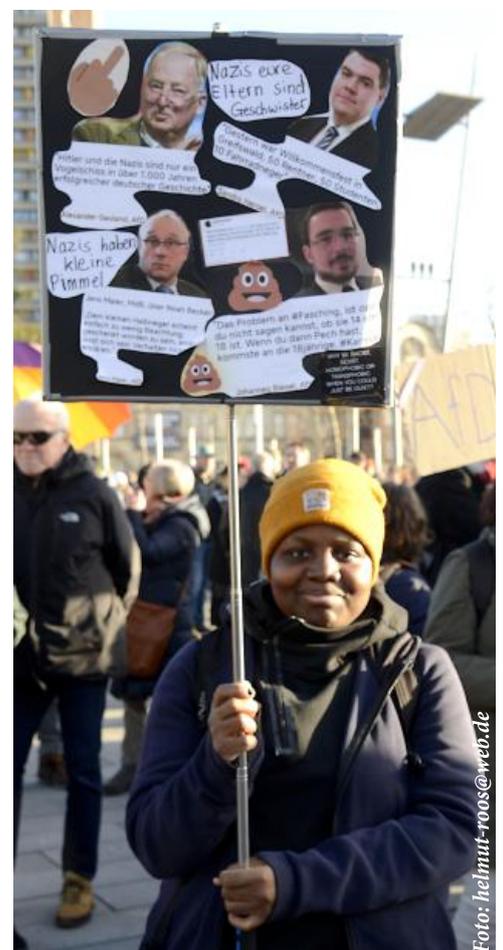


Foto: helmut-roos@web.de

Kundgebung gegen Rechts in Mannheim, 27. Januar 2024.

Bewegung gegen Faschismus – Wie weiter?

U. D.

Wir erleben zurzeit die größte antifaschistische Massenbewegung in Deutschland seit der Niederlage des braunen Terrorregimes 1945. Aber den gesellschaftlichen Rechtsruck können die Proteste nur dann wirklich umkehren, wenn sie auch dessen Wurzeln bekämpfen.

Seit Jahren befinden sich die Faschisten von AfD & Co. im Aufwind. Rassistische und faschistische Positionen finden immer breitere Zustimmung und sind längst in der „bürgerliche Mitte“ angekommen. Ob Krise, Corona, Flucht, Frauenrechte, Rechte für sexuelle Minderheiten, Gendersprache, Streikrecht oder Klimazerstörung, immer wieder gelingt es den Faschisten, mit ihren völkisch-rassistischen Kampagnen die politischen Koordinaten nach rechts zu verschieben.

Die jetzige Massenbewegung ist ein wichtiger Befreiungsschlag gegen diesen Rechtsruck. Sie hat mit ihrer Dynamik den gesellschaftlichen Raum für Faschisten enger gemacht. Anti-Faschismus, Anti-Rassismus, demokratische Grund- und

Menschenrechte werden öffentlich und positiv besetzt. Dies ist eine große Ermütigung, im persönlichen Lebens- und Arbeitsumfeld gegen rechte Hetze Position zu beziehen.

Vorwärts und nichts vergessen ...

Die Breite der Bewegung ist beeindruckend und ein Teil ihrer Stärke. Daher ist es richtig, mit anderen politischen Strömungen gemeinsam gegen den Faschismus zu demonstrieren – auch mit SPD, FDP, Grünen und CDU/CSU.

Dabei darf jedoch weder vergessen noch verschwiegen werden, dass deren Politik den Aufstieg der Faschisten ermöglicht hat. Ihre Politik im Interesse des Kapitals wälzt die Lasten der Krisen auf die arbeitende Klasse und die Ausgegrenzten ab. Sie steht für weiteren sozialpolitischen Kahlschlag, Aufrüstung, Abbau demokratischer Rechte, Bekämpfung von Geflüchteten, Flexibilisierung der Arbeitswelt, Steuererleichterung für Unternehmen und Reiche und für vieles andere mehr. Für sie steht der „eigene“ Staat und die „eigene“ Wirtschaft in Konkurrenz zum Rest der Welt.

Diese Politik führt am Ende nicht nur in den Krieg, sondern stärkt auch die ideologischen Grundlagen für völkisch-nationalistisches Denken und Faschismus.

Doch für den Rechtsruck trägt nicht nur die „bürgerliche Mitte“ Verantwortung. Denn weder die Linkspartei noch die gesamte politische Linke haben es geschafft, sich als glaubwürdige und konsequente sozialistische Alternative in der arbeitenden Klasse aufzubauen. Und nicht zuletzt haben auch Gewerkschaften und deren bürokratische Führungen an Glaubwürdigkeit verloren. Anstatt der neoliberalen und nationalistischen Standortpolitik zu Gunsten des Kapitals entgegenzutreten, tragen sie nach wie vor diese Politik mit. So konn-

ten sich nationalistische, neoliberale und rassistische Ideologien auch in der Arbeitswelt immer stärker ausbreiten.

Genug ist nicht genügend ...

Die aktuelle Massenbewegung hat unbestritten eine große Bedeutung, aber sie reicht nicht aus, um den Rechtsruck umzukehren. Die jüngsten Umfragen zeigen, dass AfD & Co. trotz der zahlreichen Proteste bisher erstaunlich wenig Wahlprozente verloren haben. Die mediale Reichweite des Faschismus ist unverändert groß. Aber es ist erstmals gelungen, auf einer Massenebene die Faschisten in die Defensive zu bringen.

Die größte Schwäche der Bewegung ist, dass sie bisher nicht die kapitalistischen Wurzeln des Faschismus erkennt und bekämpft. Der Faschismus ist untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden! Dieses Wissen und diese Erfahrung waren nach der Niederlage des Faschismus 1945 selbst in bürgerlichen Parteien vorhanden. 80 Jahre später stellt die große Mehrheit den Kapitalismus nicht mehr in Frage.

Was tun?

Der Kampf gegen Faschismus muss mit der Gegenwehr gegen die kapitalistische Krisenpolitik auf allen Ebenen verbunden werden. Das bedeutet unter anderem:

- Über den Faschismus, seine Wurzeln und seine Funktion aufklären
- Aktiv antifaschistische Bündnisse stärken und eine solidarische Front aufbauen
- Auf allen Ebenen Widerstand gegen die kapitalistischen Krisen organisieren
- Alternativen zum Kapitalismus populär machen
- „Sozialpartnerschaft“ und Standortdenken bekämpfen
- Solidarisch und international gegen Konzerne und Kapital vorgehen. ■



Foto: hehmut-roos@web.de

„Weil wir wissen, wir sind unverzichtbar ...“

Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Alstom Mannheim

Der Schienenfahrzeughersteller Alstom hat 2021 die Bahnsparte von Bombardier aufgekauft. *Avanti*² sprach über die problematischen Folgen dieser Übernahme für die Beschäftigten und ihre Interessenvertretung mit Otto Schäfer, dem Betriebsratsvorsitzenden des Mannheimer Alstom-Werks.*

Was ist seit 2021 bei Alstom passiert?

Nach dem Kauf von Bombardier durch Alstom hat das Management verlauten lassen, dass dies eine gute Entscheidung des Konzerns gewesen sei und dass alle Beschäftigten und alle Standorte benötigt würden.

Dann kam Ende Dezember 2021, kurz vor Weihnachten, die unsägliche Ankündigung, dass Alstom aufgrund der wirtschaftlichen Situation zu hohe Kapazitäten hätte. Deshalb müsse man rund 1.400 Arbeitsplätze abbauen.

Der Gesamtbetriebsrat – wie auch die IG Metall – haben darauf natürlich umgehend reagiert und Gespräche mit der Unternehmensleitung aufgenommen, die sich sehr lange hingezogen haben. Das Ergebnis war, dass bis zum Abschluss am 31.12.2022 keine Maßnahmen umgesetzt werden sollten.

Allerdings wurden trotzdem strategische Entscheidungen getroffen, die uns auch hier in Mannheim tangieren. Besonders gravierend war das Thema Stromrichterentwicklung.

Das heißt, es gab zwei unterschiedliche Lösungen und zwei unterschiedliche Produkte in diesem Bereich, was wiederum dazu führte, dass die Stromrichterentwicklung in Mannheim hoch gefährdet war, weil sich die Konzernzentrale in Paris für das französische Produkt entschieden hatte – obwohl im technologischen Vergleich die Mannheimer Stromrichterproduktion und -entwicklung die wesentlich bessere war.

Es kam dann im März 2023 zu einem Abschluss der Gespräche mit dem Konzern. In einem dreiseitigen Vertrag zwischen IG Metall, Gesamtbetriebsrat und Alstom wurde ein gewisser Personalabbau durch ein „Freiwilligenprogramm“ vereinbart, dafür aber der Erhalt aller Standorte zugesichert. Es sollte zudem einen „Arbeitnehmerbeitrag“ in Form eines vorläufigen Verzichts auf das Urlaubsgeld geben mit der Einschränkung, dass bei gesteigerter Produktivität, verringertem Krankenstand und guter Qualität dieser Verzicht nicht wirksam werden sollte.

Die Mitglieder der IG Metall sollten an den einzelnen Standorten über diesen „Zukunftstarifvertrag“ abstimmen. Sowohl in Mannheim als auch in Siegen wurde er abgelehnt. In Siegen gab es dann in Nachverhandlungen jedoch eine andere Lösung, so dass letztlich Mannheim als einziger großer Standort diesem Vertrag nicht zustimmte.

Wir haben uns danach bereit erklärt, mit der örtlichen Geschäftsleitung unter Beteiligung der IG Metall über Lösungen nachzudenken, um unser Mannheimer Werk besser absichern zu können.

Es gab allerdings ein paar Voraussetzungen dafür, die in dem für die deutsche Alstom geltenden „Zukunftstarifvertrag“ stehen.



Warnstreik bei Alstom Mannheim, 23. März 2021. Foto: helmut-roos@web.de.

Der Bereich Signaltechnik ist in Deutschland an drei Standorten angesiedelt – Mannheim, Braunschweig und Berlin. Diese haben bisher keine Tarifbindung. Wir wollten natürlich, wenn es zu Zugeständnissen der Beschäftigten kommt, erreichen, dass es eine Tarifbindung für alle Betriebe gibt.

Das Unternehmen hat dies vertraglich in dem „Zukunftsvertrag“ zugesichert und musste die Maßnahmen bis zum 31.10.2023 realisieren. Da das Unternehmen diese Zusage nicht eingehalten hat, war unsere Forderung, dass wir erst in Verhandlungen gehen, wenn die Tarifbindung hergestellt worden ist. Das war auch die Vorgabe der IG Metall-Mitglieder, die gesagt haben: Wenn wir was geben, wollen wir auch was haben. Wobei es faktisch beim Entgelt keine Zweiklassengesellschaft im Mannheimer Werk gibt. Die Kolleginnen und Kollegen bei Alstom Signaltechnik sind genauso eingruppiert wie die Beschäftigten bei Alstom Transport.

Wir haben dem Management viele sehr intelligente Vorschläge zur Verbesserung unserer Position in Mannheim gemacht, ohne dass dies negative Auswirkungen auf den Geldbeutel der Kolleginnen und Kollegen gehabt hätte. Es hapert allerdings immer an der Umsetzung, ganz klar.

Wie ist der aktuelle Stand?

Beim bisher letzten Gespräch hat uns die Unternehmensleitung gefragt, ob wir weiterhin an der Tarifbindung für den Bereich Signaltechnik festhalten würden. Und wir sagten, es hat sich an unserer Auffassung nichts verändert.

Daraufhin haben die Unternehmensvertreter erklärt, dass weitere Gespräche keinen Sinn mehr machen würden. Sie haben also im Prinzip diese Gespräche auf Eis gelegt und zum Schluss noch hinzugefügt, dass das natürlich auch Konsequenzen

zen für den Standort Mannheim hätte und es hier keine Neueinstellungen mehr geben würde.

Momentan verlassen die geburtenstarken Jahrgänge das Unternehmen. Das heißt, wir haben eine Fluktuation, zwischen 5 und 10 % im Jahr. Und in dieser Situation kündigt das Unternehmen an, dass es auch keine Ersatz Einstellungen mehr gibt. Das bedeutet natürlich perspektivisch das Ausbluten des Mannheimer Werks, und das war eine klare Ansage des Unternehmens.

Allerdings wurde von Seiten der Unternehmensleitung bisher noch nichts realisiert. Das heißt, wir haben nach wie vor personelle Einzelmaßnahmen, unter anderem auch Einstellungen, Versetzungen etc., also Verfahrensweisen, die sich nicht großartig unterscheiden zu dem Zeitraum vor dieser Einstellung.

Aber man muss auch sehen – und das ist unser größtes Problem –, dass das Unternehmen sich ja in einer leichten Schiefelage befindet. Der Hintergrund ist: Es hat Ende letzten Jahres einen massiven Einbruch der Alstom-Aktie um etwa 40 % gegeben. Daraufhin hat die Konzernführung mit der phantasielosen Ankündigung eines „Sparplans“ reagiert und einen weltweiten Abbau von 1.500 Arbeitsplätzen angekündigt.

Diese Ankündigung wird zurzeit umgesetzt. Das heißt, die entsprechenden Gremien werden unterrichtet. Zuerst der Europäische Betriebsrat, und jetzt wird es sukzessive runtergebrochen auf die einzelnen Regionen bzw. Länder. Nächste Woche werden der Wirtschaftsausschuss des Gesamtbetriebsrates und anschließend der Gesamtbetriebsrat über die Auswirkungen dieser Abbaupläne auf die einzelnen Standorte informiert.

Es zeichnet sich jetzt schon ab, dass Alstom vor allem in den indirekten Bereichen Personal abbauen will. Allerdings liegen uns zurzeit die konkreten Zahlen noch nicht vor.

Also weiterhin düstere Wolken am Horizont. Wie wirkt sich jetzt diese Situation auf Eure Arbeit und auf die Stimmung in der Belegschaft im Werk hier aus, auch auf die Tätigkeit des Betriebsrats und der Vertrauensleute?

Wir haben ja schon seit Jahrzehnten hier eine Situation mit einer gewissen Unsicherheit. Wir haben allerdings nie die Hoffnung aufgegeben, weil wir hier gute Produkte herstellen. Wir haben zudem einen wachsenden Markt, um die Verkehrswende hinzubekommen. Um die Klimaziele zu erreichen, ist es absolut notwendig, dass wir der Sparte Schienenverkehr gute Lösungen anbieten. Und deswegen ist es für uns unverständlich, wie man so einen prosperierenden Bereich zugrunde richtet.

Es sind gigantische Fehlentscheidungen in der Vergangenheit

gefallen worden, gegen unsere Ratschläge, aber es gibt ja keine wirtschaftliche Mitbestimmung. Das heißt also, wir können in den einzelnen Gremien schon unsere Vorschläge einbringen, allerdings die Entscheidungen treffen diese Manager. Und wir haben es schon sehr oft erfahren müssen, dass wir hier eine Klasse von Managern haben, die sich besonders durch Inkompetenz und durch Ignoranz hervortut. Die Leidtragenden sind dann die abhängig Beschäftigten, ganz klar.

Wir haben nach wie vor trotz alledem immer noch Hoffnung, weil wir wissen, dass wir hier eine gute Arbeit machen und dass wir alles dafür tun, um unseren Kolleginnen und Kollegen eine Perspektive aufzeigen zu können.

Die Stimmung ist natürlich problematisch, das kann man nicht von der Hand weisen. Es hat sich im Betriebsklima schon einiges negativ verändert, weil dieser Druck natürlich jetzt langsam von oben bis nach ganz unten durchkommt. Und wir versuchen als Betriebsrat, als Vertrauensleute, als IG Metall dagegen zu arbeiten. Allerdings wir erfahren selbst mit der örtlichen Geschäftsleitung, zusätzlich zu den normalen Interessenskonflikten, die wir haben, eine Verschärfung. Es gibt schon Indikatoren dafür.

Noch eine Nachfrage: Was ist das Besondere an den Produkten, die Ihr hier herstellt?

Wir sind zum größten Teil hier ein Engineering Standort. Wir haben den Bereich Lokomotiven, wo wir wirklich, sehr, sehr gute Produkte haben.

Wir haben hier den Bereich Services, der nach wie vor ein großer Wachstumsbereich ist. Wir haben hier noch den Bereich Straßenbahnen, der allerdings aufgrund von Produktentscheidungen reduziert wird. Das hat damit etwas zu tun, dass wir an verschiedenen Ausschreibungen nicht mehr mit dem Produkt beziehungsweise der Technologie, die hier aus Mannheim kommt, beteiligt sind.

Wir waren weltweit führend in der Stromrichterentwicklung. Zum Beispiel kam der erste Drehstromrichter, den es weltweit gab, hier aus Mannheim. Mannheim ist ja eine Stadt für Mobilität. Hier wurde nicht nur das erste Auto, das erste Fahrrad und einer der ersten Traktoren gebaut, sondern auch bei BBC der erste Drehstromantrieb für Lokomotiven oder Schienenverkehrsfahrzeuge.

Dann haben wir hier den Bereich Signaltechnik und zwar diesen wunderbaren Bereich OnBoard. Das heißt, die Zugsicherungssysteme beziehungsweise die Signaltechnik werden immer mehr von der Fahrstrecke auf die Fahrzeuge wegverlagert. Und da sind wir sehr, sehr gut im Markt. Und da gibt es auch gute Wachstumsprognosen.

Und wir haben hier noch eine kleine Restproduktion für Stromrichter mit den Schwerpunkten Retrofit (das heißt Umrüstung), Reparatur etc.

Dann gibt es noch den großen Bereich Train Control & Management System (TCMS), den wir bedienen. Das ist die Elektronik und die Software die das gesamte Fahrzeug praktisch steuert und einen sicheren Fahrgastbetrieb sicherstellt.

Dafür arbeiten allein in Mannheim rund 1.000 Beschäftigte?

Wir haben etwa 1.000 Beschäftigte, wobei nicht alle hier am Standort sind. Wir haben auch noch ein paar Inbetriebnehmer, Monteure, die in Deutschland und teilweise auch weltweit unterwegs sind.

Ich muss noch erwähnen, dass in der Vergangenheit wirklich



Solidarität mit der Belegschaft von Bombardier-Alstom Mannheim, 16. Juli 2020.

hier in Mannheim große Erfolge erzielt wurden.

Wir hatten zum Beispiel im Bereich Lokomotiven den größten jemals vergebenen Auftrag der DB hier ordnungsgemäß abgearbeitet. Das war zuerst die Baureihe 101, dann die 145 und dann die 185 in den verschiedenen Serien. Also wir können das. Wir sind gut. Wir haben hier eine hochmotivierte Belegschaft, hochqualifizierte Menschen.

Allerdings, und das ist unsere größte Befürchtung, aufgrund dieser Unsicherheit besteht die Gefahr, dass sich unsere Ingenieure, also unsere Elektroingenieure der Fachrichtung Antriebstechnik, anderswo umschauchen. Wenn man keine berufliche Perspektive mehr hätte, dann wäre es natürlich schwierig, hier diese Fachkräfte zu halten beziehungsweise neue zu gewinnen.

Das wäre natürlich eine fatale Entwicklung. Die wollen wir nicht. Da arbeiten wir klar dagegen. Unsere Handlungsmöglichkeiten sind natürlich irgendwo begrenzt, aber wir wenden viel Phantasie, Engagement und Ideen auf, um unsere Ziele zu realisieren. Weil wir wissen, wir sind unverzichtbar, und wir sind gut.



Betriebsversammlung bei Bombardier-Alstom Mannheim, 16. Juli 2020.

Das ist ja gerade vor dem Hintergrund dieser oft genannten Verkehrswende, die mit der Verlagerung von Verkehr auf die Schiene zusammenhängt, eine völlig groteske Situation. Jetzt ist es bekanntermaßen schwer für abhängig Beschäftigte auf transnational agierende Konzerne Einfluss auszuüben. Das gelingt ja meistens nur dann, wenn Belegschaften sich überörtlich zusammenschließen, Widerstand organisieren, wie das ja auch Euer früheres Mutterwerk hier lange Jahrzehnte vorexerziert hat. Gibt es da Bestrebungen in die Richtung oder ist das eher ein schwieriges Terrain?

Das ist ein sehr schwieriges Terrain, weil wir innerhalb dieses großen Konzerns ein von der Unternehmensleitung bewusst geschürtes, massives Konkurrenzdenken haben.

Das gipfelt darin, dass zum Beispiel einer der wichtigen Punkte dieses „Zukunftstarifvertrags“ ja nicht nur die Absicherung der Standorte durch Festschreibung von Kompetenzen war, sondern dass man sich auch darauf eingelassen hat, die Abarbeitung der gewonnenen Aufträge mit einer Methode durchzuführen, die diesen Konkurrenzkampf praktisch befördert. Das heißt, wenn ein Auftrag bei der weltweiten Alstom im Haus ist, dann können sich einzelne Regionen, einzelne Länder, einzelne Standorte darauf bewerben, diesen Auftrag abzuarbeiten. Und dann entsteht natürlich schon eine automatisierte Konkurrenzsituation.

Das heißt, jeder muss also versuchen, sich so gut wie möglich



Warnstreik bei Alstom Mannheim, 23. März 2021. Foto: helmut-roos@web.de.

darzustellen, und vor allen Dingen, und das ist ja immer die Messlatte überhaupt, so gut wie möglich profitabel zu operieren.

Wie reagiert denn die Politik auf diese Entwicklungen? Offiziell wird ja auch von der Bundesregierung verkündet, Verkehrswende heißt Förderung des Schienenverkehrs. Da müsste doch die Politik alarmiert sein.

Ja, natürlich muss das – theoretisch gesehen – die Politik alarmieren, aber es gibt ja immer einen Unterschied zwischen dem, was angekündigt wird, und dem, was realisiert wird. Da muss man genauer hinschauen. Fakt ist ganz einfach: Um diese Verkehrswende zu schaffen, um die Klimaziele zu erreichen, bedarf es natürlich einer Menge von Investitionen. Diese sind natürlich in der Art von Gesellschaft, in der wir leben, nicht von heute auf morgen zu realisieren. Das liegt an vielen, vielen Faktoren und Problemen, die selbst produziert wurden.

Aber wie gesagt, wir haben dazu Lösungen. Wir haben zum Beispiel ein Projekt, das ist wirklich phantastisch. Wir wissen ja, dass die Schienen-Kapazität begrenzt ist, aber wir können es durch intelligente Lösungen schaffen, dass wir diese begrenzten Kapazitäten wesentlich besser nutzen. Das heißt, dass wir mehr Verkehr auf die Schiene bringen können, indem wir zum Beispiel die Abstände zwischen zwei Fahrzeugen verringern und damit im Prinzip eine erhöhte Frequenz schaffen, damit mehr Personen oder Güter transportieren können und so weiter. Da gibt es wirklich gute und intelligente Lösungen. Wir sind auch damit vorne dabei, nur wie gesagt, da bedarf es halt Investitionen. Und die Politik ist, sagen wir mal, hier oder da noch nicht so weit, wie das vielleicht notwendig wäre.

Aber wir haben auch da Hoffnung, dass sich etwas verändert. Es gibt jetzt zum Beispiel eine Initiative, die uns wirklich am Herzen liegt. Das ist die sogenannte Branchenkonferenz der IG Metall.

Für den Schienenverkehr?

Für den Schienenverkehr, ja. Und eine der wichtigen Forderungen ist auf der einen Seite, dass man verbessern muss bei der Zulassung von Schienenfahrzeugen, die teilweise sehr, sehr aufwendig und zeitintensiv ist. Und auf der anderen Seite bei der Frage der Vergabe der Aufträge.

Es gibt eine klare Initiative der IG Metall, die darin gipfelt, dass, wenn hier in Deutschland Projekte vergeben werden, diese nur an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden.

Denn wenn Steuermittel für den Öffentlichen Personennahverkehr investiert werden, dann sollen die bitte schön auch an tarifgebundene Unternehmen gehen. Das ist zum Beispiel eine Ini-

tiative der Branchenkonferenz Schiene der IG Metall, die wir an die Politik herangetragen haben. Wie das letztlich realisiert wird, ist noch abzuwarten, weil da der Gesetzgebungsprozess zurzeit im Gange ist.

Wir haben ja als alte Metaller gelernt, dass Macht Gegenmacht braucht. Habt ihr da Überlegungen angestellt, wie man unter den heutigen Bedingungen Gegenmacht verstärken kann? Etwa durch einen betriebs- und branchenübergreifenden Kampf gegen solche Abbaupläne von internationalen Konzernen und – in Anlehnung an Artikel 14 Grundgesetz – für ein Verbot von Entlassungen, wie das Betriebsrat und IGM-Vertrauenskörperleitung von Alstom Power in ihrem Mannheimer Appell getan haben?

Der Artikel 14 sagt ja aus, dass Eigentum eine Sozialbindung hat. Wenn ich jetzt reflektiere, was Du bisher berichtet hast, dann interessiert das einen Konzern wie Alstom einen feuchten Kehrriech. Gibt es irgendwelche Überlegungen, um entsprechende Gegenpositionen zu entwickeln und an andere Bündnispartner, auch außerhalb der IG Metall, heranzutreten?

Zum Beispiel an die Klimagerechtigkeitsbewegung, oder an die Beschäftigten bei der DB AG, die sich gerade in einer Auseinandersetzung mit dem Bahnvorstand befinden?

Also die Situation kann ich leider nicht schönreden. Wie gesagt, dieses Konkurrenzdenken ist vorhanden. Wir haben auch ganz klar die Perspektive, dass wir Bündnispartner suchen, aber das zu stabilisieren, das ist ein sehr aufreibender und wichtiger Prozess. Es gibt Bestrebungen mit Gruppen dieser

Gesellschaft, die sich für eine Klimagerechtigkeit einsetzen, natürlich gemeinsam etwas zu machen, aber das steckt zurzeit noch in den Anfängen, ganz klar.

Immerhin gibt es schon die ersten Kontakte, und wir haben ja auch mit dieser Initiative für die Branchenkonferenz IG Metall natürlich schon so eine Geschichte realisiert, um zu sehen, wie wir mit den Kolleginnen und Kollegen anderer Schienenfahrzeughersteller an einem Strang ziehen können. Und es gibt auch Ideen, wie man bei der Entwicklung neuer Technologien gemeinsam zum Nutzen aller vorankommen kann. Aber das sind alles Ideen, die immer noch in ihren Anfängen stecken, leider. Und zu dieser Frage der Sozialbindung des Eigentums: Wir sind ein multinationaler Konzern und Alstom ist erstmal seinen Aktionären verpflichtet. Und alle Aktionen, die dort zurzeit vorangetrieben werden, sind natürlich profitgetrieben. Der Verfall des Kurses der Alstom-Aktie Ende letzten Jahres hat dazu geführt, dass sich die Situation verschärft.

Wir müssen klipp und klar sagen: Aufgrund der Zahlen, die auch öffentlich bekannt sind, ist das Unternehmen in einigen Bereichen nicht in einer Superposition. Aber wir haben immer noch den Glauben, den Traum, dass wir ein gutes Produkt herstellen und dass wir am Markt erfolgreich sein können.

Aber das mit der Gegenwehr ist ein schweres Feld, wie Du weißt.

Aber ein unersetzbares.

Unersetzbar, klar. ■

* [Das Gespräch fand am 15. Februar 2024 statt. Die Fragen stellte W. A.]



Europaweiter Aktionstag bei Bombardier-Alstom Mannheim, 16. Juli 2020.

Foto: helmut-roos@web.de.

„Die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner haben es satt!“

DANNY GROSSHANS (GDL)

Der aktuelle Arbeitskampf bei der Bahn (DB AG) ist zum Redaktionsschluss noch nicht beendet. Bis zum 3. März soll noch verhandelt werden. Danny Grosshans, 2. stellvertretender Vorsitzender der GDL Südwest, war zur 693. Montagsdemo gegen Stuttgart 21 am 29.01.2024 eingeladen worden. Im Folgenden veröffentlichen wir wesentliche Auszüge seiner Rede.

Liebe „Oben-Bleiber“, ... vielen Dank, dass Ihr uns Eure Bühne zur Verfügung stellt, um die Wahrheit zu sagen über unseren Tarifkonflikt mit der Deutschen Bahn AG ...

Und ich möchte eines einmal klarstellen: Die Mitglieder der GDL treten im Streik nicht gegen die Fahrgäste oder die Güterverkehrskunden an, sondern wir treten gegen einen Bahnvorstand an, der die Eisenbahn jahrelang kaputtgespart hat. ...

Wer auf die Eisenbahn angewiesen ist, erlebt täglich, wie marode das System ist. Verspätungen, verpasste Anschlusszüge, defekte Toiletten! ...

Und eins kann ich Euch versichern: Die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner schämen sich dafür! Sie schämen sich, dass weder die Politik noch der Bahnvorstand Entscheidungen auf den Weg bringen, die die Eisenbahn als klimafreundliches Verkehrsmittel voranbringen. ...

Was sie jedoch gut können, ist Geld ausgeben – Steuergelder! Immer neue Milliarden werden für Leuchtturmprojekte bereitgestellt, welche am Ende das System Eisenbahn wenig bis gar nicht voranbringen. Stuttgart 21 ist ein leuchtendes Beispiel dafür. Seit der Planung haben sich die Kosten verdreifacht auf über 10 Milliarden Euro – und es ist eine Frechheit, dass dafür am Ende niemand verantwortlich ist und zur Rechenschaft gezogen wird!

Was sie auch gut beherrschen, ist die Berechnung ihrer Bonuszahlungen. Anstatt Kundenzufriedenheit und Pünktlichkeit als Kriterien heranzuziehen, sind Frauenquote im Unternehmen und gleichbleibende – nicht verbesserte, sondern gleichbleibende – schlechte Mitarbeiterzufriedenheit für die Auszahlung der Boni ausschlaggebend. Für die Kunden und für die Mitarbeiter ist das ein Schlag ins Gesicht! 5 Millionen Euro für eine Pünktlichkeit von gerade einmal 65 Prozent! 5 Millionen

Euro für eine Schlechtleistung, die ihresgleichen sucht! ...

Die Eisenbahnerinnen und Eisenbahner haben es satt! Über 7 Millionen Stunden auf den Arbeitszeitkonten und über 20 Millionen Stunden auf den Langzeitkonten der Deutschen Bahn AG sind der Beweis: Die Kolleginnen und Kollegen leisten seit Jahren ihren Beitrag. Sie sind kaputt und können nicht mehr! Es gab noch nie so viele Anträge auf Teilzeit! Die wenigsten Kolleginnen und Kollegen bleiben bis zur Regelaltersrente in ihrem Beruf. Der durchschnittliche Eisenbahner geht mit 64 in Rente – nicht etwa, weil er im Lotto gewonnen hat, sondern weil der unregelmäßige Wechseldienst – wissenschaftlich bewiesen – die ungesundeste Form der Arbeitszeitgestaltung ist.

Und Nachwuchs? Pustekuchen! 365 Tage im Jahr, 7 Tage die Woche, Wochenende, Feiertage, das alles rund um die Uhr, will niemand mehr machen! ...

Unsere Forderungen in der laufenden Tarifrunde zielen ganz klar darauf ab, die Berufe im Schichtdienst wieder attraktiver zu gestalten. Nur wenn das gelingt, haben wir im hart umworbene Fachkräftemarkt überhaupt eine Chance, Berufseinsteiger für unsere Berufe zu begeistern und das vorhandene Personal spürbar zu entlasten. ...

Nur der GDL ist es zu verdanken, dass der Eisenbahnmarkt so gestaltet ist, dass der Wettbewerb eben nicht mehr über die Lohnkosten – und somit auf dem Rücken der Beschäftigten – stattfindet! Als wir im Jahr 2007 begonnen haben, fanden wir ein Delta von bis zu 40 Prozent vor, und wir haben einen Angleichungsprozess hinter uns, bei dem Arbeitszeitregelungen und Entgelt überall miteinander vergleichbar sind! ...

Und was macht unsere Politik? Erst privatisieren sie die Eisenbahn und nehmen den Lokführern, Zugbegleitern und Fahrdienstleitern den Beamtenstatus, und jetzt

faseln sie von kritischer Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Mit dem einzigen Ziel, den Eisenbahnern ihr demokratisches Grundrecht – nämlich das Streikrecht – zu entziehen! ...

Und dann gibt es da noch das Tarifeinheitsgesetz. Die Schaffung dieses Gesetzes hatte das klare Ziel, kleine, aber gut organisierte Gewerkschaften mundtot und zahm zu machen. Am Beispiel der GDL sieht man – Ziel mächtig verfehlt! Das Gegenteil ist der Fall: Wenn ein Gesetz zur Anwendung kommt, das Mehrheiten fordert, braucht sich am Ende niemand zu wundern, wenn der Organisationsbereich erweitert wird, und Mehrheiten geschaffen werden.

Wie geht es jetzt weiter? Unser letzter Streik scheint Wirkung gezeigt zu haben. ...

Bis zum 3. März wird verhandelt, und während dieser Zeit herrscht Friedenspflicht und Stillschweigen wurde vereinbart. Ich hoffe für unsere Mitglieder, für die Kunden der Eisenbahn und für das System Eisenbahn, dass die Verhandlungen auf Augenhöhe geführt werden, und am Ende die Berufe der Eisenbahn durch bessere Arbeitszeit- und Entgeltbedingungen wertgeschätzt werden! Fakt ist, weder unser Grundrecht auf einen Tarifvertrag für die Infrastruktur ist verhandelbar, noch werden wir uns von der 35-Stunden- und 5-Tage-Woche abbringen lassen! ■



Foto: helmut-roos@web.de

D. Grosshans beim GDL-Streik in Mannheim, 11. Januar 2024.

Kurdische Demo mit kafkaesken Auflagen

M. G.

Rund 200 Kurdinnen und Kurden haben am 10. Februar 2024 im Rahmen einer internationalen Kampagne vom Mannheimer Hauptbahnhof in die Neckarstadt demonstriert.

Sie forderten die Freilassung von Abdullah Öcalan, der seit 1999 in der Türkei in einem Sondergefängnis inhaftiert ist. Außerdem setzten sich die Demonstrierenden für eine politische Lösung der kurdischen Frage ein.

Die Mannheimer Ordnungsbehörde hatte, wie bei kurdischen Veranstaltungen üblich, mit kafkaesken Auflagen das Mitführen von 29 Symbole und Flaggen sowie von Bildern Öcalans verboten. Demokratie geht anders. ■



Kurdische Demo in Mannheim, 10. Februar 2024.

Freiheit für Julian Assange!

E. B.

An die 100 Menschen haben am 17. Februar 2024 in Mannheim für die Freilassung des Gründers von Wikileaks, Julian Assange, demonstriert.

Die Solidaritätsaktion fand im Rahmen weltweiter Proteste gegen die drohende Auslieferung Assanges von England in die USA statt. Aufgerufen hatten die Free-Assange Gruppe Mannheim/Heidelberg und das Friedensbündnis Mannheim.

Rednerinnen unterstrichen die Verdienste Julian Assanges um die Pressefreiheit und verurteilten die Tötung Alexej Na-

walyns durch das Putin-Regime.

Hedwig Sauer-Gürth sagte für die Free-Assange Gruppe, dass Assange kein Verbrechen begangen, sondern Kriegsverbrechen öffentlich gemacht habe. Dafür drohen ihm in den USA 175 Jahre Haft.

Bezeichnend ist das dröhnende Schweigen der deutschen „wertgeleiteten“ Politik zu diesem Skandal. ■



Assange-Demo in Mannheim, 17. Februar 2024.

„Stoppt den Krieg in Nahost – Waffenstillstand jetzt!“

H. N.

Am 24. Februar 2024 protestierten in Mannheim mehr als 1.500 überwiegend palästinensische Menschen gegen den Krieg in Gaza.

Sie forderten lautstark „die Befreiung Palästinas und ein Ende des Genozids in Gaza“. Nach der Auftakt-Kundgebung

am Alten Meßplatz demonstrierten sie durch die Innenstadt in Richtung Schloß.

Am Paradeplatz hatten sich gleichzeitig rund 50 Personen zu einer Kundgebung gegen Antisemitismus und Israel-Hass versammelt. Sie gaben an, auch der zivilen Opfer in Gaza zu gedenken.

Die Unterstützer beider Demos hielten sich friedlich ihre Plakate entgegen.

In dem von Aktiven der ISO Rhein-Neckar verteilten Flugblatt heißt es: „Langfristig gibt es zur Lösung des historisch bedingten Nahost-Konflikts nur eine Perspektive. Es müssen für alle in Israel und in Palästina

lebenden Personen die politischen und sozialen Menschenrechte wirksam durchgesetzt werden. Nur so kann das friedliche Zusammenleben aller in der Region gelingen.

Dazu bedarf es eines staatlichen Überbaus in Form einer nichtreligiösen, binationalen demokratischen und sozialen Republik, in der alle Menschen gleichberechtigt sind. Und es bedarf einer wirtschaftlichen Basis, die nicht auf Profitmaximierung, sondern auf bestmöglicher gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung und dem Schutz der Umwelt beruht.“* ■

* [https://iso-4-rhein-neckar.de/Nahost_2]



Nahost-Demo in Mannheim, 24. Februar 2024.

Die Gefahr des Faschismus – Was tun?

R. G.

„Die Gefahr des Faschismus – Was tun?“ lautete das Thema des Infoabends der ISO Rhein-Neckar im Februar 2024. Angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks, des Aufstiegs der AfD und der davon ausgehenden Bedrohung ein hochaktuelles Thema.

Unserem Referenten gelang es sehr anschaulich, einen Bogen von der neuen antifaschistischen Massenbewegung über die Einordnung des historischen wie des aktuellen Faschismus bis hin zur notwendigen Gegenwehr zu spannen.

Der Korrektiv-Bericht vom 10. Januar 2024 über das Potsdamer Treffen hat die größte antifaschistische Massenbewegung seit 1945 ausgelöst. An mehr als 1.200 Kundgebungen und Demonstrationen nahmen bisher etwa 3,4 Millionen Menschen teil (Stand 23.2.2024). Dennoch bleibt die AfD bei aktuellen Umfragen relativ stabil. In Thüringen ist sie demnach immer noch die stärkste Partei.

Funktion des Faschismus

In seiner Analyse bezog sich unser Referent auf Leo Trotzki und Ernest Mandel. Der Faschismus ist mehr als Antisemitismus. Er ist ein besonderes Staatssystem, dessen Aufgabe die gewaltsame Absicherung des Kapitalismus ist. Er schafft die Voraussetzung für die aggressive Durchsetzung des „Rechts des Stärkeren“ und damit der Kapitalinteressen. Der Faschismus ist untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden.

Der Sieg des Faschismus in Deutschland 1933 hatte zwei wesentliche Voraussetzungen: Erstens die blutige Niederschlagung der Novemberrevolution von 1918 durch die Allianz von Mehrheits-Sozialdemokratie, Kapitalverbänden, Reichswehr und reaktionären Freikorps. Zweitens – und das war letztlich entscheidend – der fehlende Wille von SPD, KPD und Gewerkschaften, nach 1929 eine gemeinsame Abwehrfront gegen den Faschismus zu bilden.

Heute ist der Neoliberalismus der Wegbereiter des Faschismus. Der Neoliberalismus stärkt die Macht der Konzerne und der Reichen, setzt radikal Privatisierung, Deregulierung und Flexibilisierung durch, ignoriert die Klimazerstörung und verstärkt Nationalismus, Aufrüstung und Kriegstreiberei. Er steht für Konsumismus und Egoismus. Dies alles schafft den gesellschaftlichen und ideologischen Nährboden für den Aufstieg des Faschismus.

Die giftige AfD-Mixtur

Die AfD steht für einen neuen Faschismus. Sie knüpft an den vorhandenen Ängsten an und stellt sich rhetorisch gegen das „Establishment“. Sie organisiert meinungsbildende Kampagnen und verschleiert ihre menschenverachtenden Ziele. Ihre Methode ist, das Unsagbare anzudeuten, das Unsagbare auszusprechen und am Ende das Ausgesprochene umzusetzen.

Als viertgrößte Bundestagspartei verfügt sie über erhebliche Mittel aus der Parteienfinanzierung. Mit ihren rund 350 Hauptamtlichen verbreitet sie erfolgreich ihre Hetze vor allem im Internet.

Was tun?

Der Vortrag endete mit zehn Vorschlägen für die antifaschistische

Arbeit. Angesichts der realen Gefahr sind jetzt mehr persönliche und gemeinsame Aktivitäten notwendig. Insbesondere steht der Aufbau von Bündnissen, die bundesweite Vernetzung und die Stärkung des antifaschistischen Widerstands an.

Wichtig ist auch die Aufklärung über den Faschismus und dessen Zusammenhang mit dem kapitalistischen Krisensystem. Ebenso müssen ohne Einschränkung die universellen Menschen- und Grundrechte eingefordert und verteidigt werden.

Eine gute Gelegenheit für antifaschistische Aktivitäten in den Betrieben – wie zum Beispiel Toraktionen und Versammlungen – ist der „Internationale Tag gegen Rassismus“ am 21. März.

Letztendlich muss es gelingen, die Fehler von 1933 nicht zu wiederholen und eine außerparlamentarische, solidarische Front gegen Rechtsruck und Faschismus aufzubauen.

Breitgefächerte Diskussion

Das Referat gab viele Impulse für die Diskussion. So ging es unter anderem um die Ausbreitung irrationaler Ideen und die Bedeutung des Internets für die Verbreitung faschistischer Hetze und von Falschmeldungen.

Ein weiterer Punkt war die aktuelle Massenbewegung. Diese ist bislang meist einheitlich. Aber es zeichnen sich erste Spaltungsversuche ab, die von bürgerlichen Kreisen – nicht zuletzt von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen – betrieben würden.

Der Rechtsruck zeigt sich auf vielen Gebieten. So wies eine Teilnehmerin darauf hin, dass Habecks Rede zum Antisemitismus von rechtem Gedankengut geprägt gewesen sei.

Das gemeinsame Fazit war, dass überall außerparlamentarische Bündnisse aufgebaut und unterstützt werden müssten. Nur so könne letztendlich die Schwäche der Linken und der Gewerkschaften überwunden und der Faschismus erfolgreich bekämpft werden. ■

ISO-Frühjahrsseminar in MA

Den Faschismus bekämpfen – aber wie?

Samstag, 20. April 2024, 13:30 Uhr

Die faschistische Bedrohung wächst.

Sie ist untrennbar mit der Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus verbunden.

Was ist Faschismus? Wie kann er besiegt werden? Auf diese Fragen wollen wir beim Seminar gemeinsam Antworten suchen.

Wir freuen uns auf Eure Anmeldung – gerne auch per Mail an info@iso-4-rhein-neckar.de.

Antifaschistisches Gedenken

Stolpersteine für die Familie Gumbel

E. B.

Am 7. Februar 2024 verlegte der Künstler Gunter Demnig in Heidelberg drei Stolpersteine für Emil Julius Gumbel, seine Frau Marie Luise Gumbel und deren Sohn Harald Gumbel.

Die berührende Aktion fand in Heidelberg vor dem ehemaligen Wohnhaus der Familie Gumbel in der Beethovenstr. 39 statt. In kundigen Ansprachen wurde an das Engagement der Gumbels gegen Kriegstreiberei und Faschismus erinnert. Für die beeindruckende musikalische Umräumung mit antifaschistischen Liedern sorgte der Mannheimer Musiker Bernd Köhler. Er motivierte einige der rund 50 Anwesenden, *Die Internationale* – das hochaktuelle Kampflied der alten Arbeiterbewegung – mitzusingen.

Emil Julius Gumbel (1891-1966) war Mathematiker, Antifaschist, Kriegsgegner und politischer Publizist. Große Bekanntheit erlangte er insbesondere durch sein 1922 veröffentlichtes Buch *Vier Jahre politischer Mord*. Er belegt darin akribisch die extreme politische Rechtslastigkeit der deutschen Justiz zwischen 1919 und 1922. Der zunehmend bedrohlicheren Verfolgung durch Reaktion und Faschismus im Jahr 1932 konnten Gumbel und seine Familie nur durch die Flucht ins Exil entkommen.



Foto: B. Straube.

■ Stolpersteine für Familie Gumbel in Heidelberg, 7. Februar 2024.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 01.03.2024, 17:00 Uhr, Demo zum Klimastreik/#Wir fahren zusammen, Schloß MA
- MI, 06.03.2024, 19:00 Uhr, „Der große Streik bei BASF gegen den Neunstundentag 1924“, Nukleus, Bismarckstr. 75 LU
- DO, 07.03.2024, 20:00 Uhr, Film Premiere „100 Jahre Rote Hilfe“, Cinema Quadrat MA
- FR, 08.03.2024, 15:30 Uhr, DGB-Veranstaltung zum Internationalen Frauentag, Abendakademie MA
- FR, 08.03.2024, 16:30 Uhr, Demo zum Internationalen Frauentag, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 15.03.2024, 19:00 Uhr, ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- SAM, 16.03.2024, 11:00 Uhr, Aktionstag gegen Rassismus, Paradeplatz MA
- SAM, 16.03.2024, 15:00 Uhr, Demo gegen Rechts, ab Paradeplatz MA
- DO, 21.03.2024, Internationaler Tag gegen Rassismus
- DO, 21.03.2024, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SAM, 23.03.2024, 13:30 Uhr, ISO-Lesekreis zu Faschismus und Rassismus, MA
- SAM, 30.03.2024, Ostermarsch, 13:00 Uhr, ab Alter Meßplatz MA
- MO, 01.04.2024, Osterspaziergang, 14:00 Uhr, Coleman Barracks MA

Vorschau

- SAM, 20.04.2024, 13:30 Uhr, „Was tun gegen Faschismus?“, Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar, MA
- FR, 30.05.2024, bis SO, 02.06.2024, Ökosozialistische Konferenz der ISO



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
ViSdP: ISO, 68026 MA

ISO, Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Netz: www.iso-4-rhein-neckar.de
Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn
Instagram: www.instagram.com/isorheinneckar

